

# BUNDESTAGSREPORT

## DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

**DIE LINKE.**  
 I M B U N D E S T A G

**Dagmar  
Enkelmann**

**Wolfgang  
Neskovic**

**Kirsten  
Tackmann**

**Diana  
Golze**

**Thomas  
Nord**

**Sabine  
Stüber**

## Kinderschutz braucht komplexere Antworten

von **Diana Golze**

Die SPD hat in dieser Woche einen umfassenden Antrag zur Frage des Kinderschutzes eingebracht, der versucht, ein umfängliches Gesamtbild der verschiedenen Probleme aufzuwerfen. Viele der darin verfassten Forderungen trägt DIE LINKE mit. Die Verankerung der Kinderrechte auf bestmögliche Entwicklung und Schutz, die Forderung nach einem Präventionsgesetz und die Beschleunigung des Kinderbetreuungsbaus etwa. Doch wie so oft bleibt die SPD in guten Ansätzen stecken. Statt endlich Optionen für die Verbesserung der Kommunal Finanzen aufzutun, werden die jahrelangen politischen Fehlentscheidungen ignoriert und die derzeitige katastrophale Situation allein den Steuergeschenken der neuen Bundesregierung zu Lasten gelegt. DIE LINKE macht seit vielen Jahren darauf aufmerksam, dass es gerade im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe in den vergangenen Jahren immer mehr Aufgaben mit immer weniger Geld zu bewältigen gab. Wer Kinderschutz wirksam verbessern will, muss die Orte stärken, die ihn ausgestalten. Kommunen – in diesem Fall Jugendämter –

und freie Träger der Jugendhilfe, also Vereine, Verbände aber auch Kitas und Schulen brauchen endlich eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung, um die wachsenden Anforderungen im Sinne und zum Wohl der Kinder und ihrer Familien zu bewältigen.

Doch noch ein weiterer wichtiger Aspekt fehlt dem SPD-Antrag in Gänze: Mit nicht einem Wort wird darauf eingegangen, dass ein existenzsicherndes Einkommen der Familien und die Absicherung der Bedarfe von Kindern von enormer Bedeutung für ein gutes, gesundes Aufwachsen von Kindern sind. Die Forderung nach gesetzlichen Mindestlöhnen, einer Erhöhung der Regelsätze in Hartz IV und die Schaffung einer bedarfsdeckenden Kindergrundsicherung fehlen im Antrag gänzlich. DIE LINKE wird in ihren Forderungen dazu nicht nachlassen. Dazu gehört, dass wir schnellstmöglich das Konzept einer LINKEN Kindergrundsicherung weiter ausbauen.

### In dieser Ausgabe:

**Seite 1: Kinderschutz braucht komplexere Antworten**

Diana Golze

**Seite 2: Neu im Bundestag**

Sabine Stüber

**Seite 3: Leiharbeit muss begrenzt werden**

Dagmar Enkelmann

**Seite 4: Bürokratie des Elends**

Wolfgang Neskovic

**Seite 5: Abwanderung von Frauen in ländl. Räumen**

Kirsten Tackmann

**Pressemittelungen u. Reden der Landesgruppenmitglieder**

**Rückblick auf die Sitzungswoche**

**- Deutscher Bundestag- Fraktion DIE LINKE - Landesgruppe Brandenburg -**

V.i.S.d.P.: Dr. Kirsten Tackmann MdB; 11011 Berlin- Platz der Republik 1;  
 Tel.: 030- 227 74308; Fax: 030- 227 76308; Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

## Neu im Bundestag

von Sabine Stüber

Ein wesentlicher Teil meiner Arbeit im Bundestag besteht aus der Mitarbeit in zwei Ausschüssen. Die Genossinnen und Genossen in meinem Wahlkreis kennen mich bisher aus der arbeitsmarktpolitischen und Gleichstellungsthematik. Im Petitionsausschuss befasse ich mich mit den Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern, die von ihrem Recht gebrauch machen, sich mit Bitten zur Gesetzgebung oder mit Beschwerden an den Deutschen Bundestag zu wenden. Zumeist handelt es sich dabei allerdings um Beschwerden. Im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit habe ich für unsere Fraktion die Themen rund um den Naturschutz auf dem Tisch. Insgesamt betrachtet geht es mir um eine nachhaltige Entwicklung unserer ländlichen Räume.

Für unsere Region mit ihren Großschutzgebieten (Naturpark, Biosphärenreservat und Nationalpark) spielt der Naturschutz eine nicht unwesentliche Rolle, auch wirtschaftlich. Im Kontext wirtschaftlicher Ziele bestehen zwar häufig Konflikte zu sozialen und ökologischen Prioritäten, aber hier



© Ralph-Thomas Kühnle / PIXELIO

will ich ansetzen. Wie können wir ökologische, soziale und wirtschaftliche Interessen verbinden, wie regionale Wertschöpfungsketten, Wertschöpfungspartnerschaften und die Inwertsetzung von Natur? Wir brauchen eine Lobby zur Umsetzung solcher Konzepte und Initiativen.

Wir benötigen auch ein Umdenken in der Politik und zwar jetzt. Neben dem verpatzten Klimagipfel in Kopenhagen wurde auch das international vereinbarte Ziel, bis 2010 den weltweit dramatischen Artenchwund unserer Pflanzen- und Tierwelt zu stoppen, nicht annähernd erreicht. Die Auswirkungen des Verlustes der Artenvielfalt auf

unser Leben muss viel stärker in das öffentliche Bewusstsein rücken. Es geht dabei schließlich um unsere Lebensgrundlagen. Die meisten Menschen sehen Naturschutz isoliert vom Klimaschutz, doch beide gehören zusammen und bedingen einander. Das wird in den nächsten Jahren auch unser ganz persönliches Handeln verändern.

## Leiharbeit muss begrenzt werden

von Dagmar Enkelmann



© Dietmar Meinert/ PIXELIO

Gesetzlich heißt es Arbeitnehmerüberlassung, Leiharbeit in der Alltagssprache. De facto ist es moderne Lohnsklaverei. Unter Rot-Grün wurde 2003 das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz novelliert, u.a. die bis dato geltende Befristung abgeschafft. Nunmehr konnten Leiharbeiter dauerhaft beschäftigt werden. „Dank“ einer Ausnahmeregelung in der Novelle musste auch nicht mehr der gleiche Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden. Für Leiharbeiter konnten jetzt besondere Tarifverträge geschlossen werden. Die Folge: Die Löhne für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sind heute um bis zur Hälfte niedriger als die, die Festangestellte für die gleiche Arbeit erhalten. Jeder 8. Leiharbeiter ist auf ergänzende soziale Leistungen angewiesen. Das heißt: Für seine Arbeit be-

kommt er so wenig, dass es zum Leben nicht reicht. Und es besteht kaum Kündigungsschutz. Leiharbeit erlebte nach der rot-grünen Deregulierung einen Boom, legte seit 2004 um mehr als 50 Prozent zu. Die jüngste Krisenzeit zeigte zudem ganz deutlich: Leiharbeiterinnen und -arbeiter waren die ersten, die entlassen wurden. Wie geheuert, so gefeuert.

Das Beispiel Schlecker zeigt darüber hinaus: Mit Leiharbeit wird Stück für Stück reguläre Beschäftigung verdrängt. In den letzten Monaten schloss der Discounter tausende kleiner Filialen und richtet dafür sogenannte XL-Läden ein. Für diese wurden zum Teil dieselben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt – allerdings zu deutlich schlechteren Konditionen bei Lohn. Betriebszugehörigkeiten

fielen unter den Tisch. Als „Nebeneffekt“ sind auch bei Schlecker mit der Umstrukturierung Betriebsräte mit entsorgt worden

Leiharbeit ist auch in Bundesbehörden und Ministerien zu finden. Es gibt einen erheblichen Missbrauch. Diesem muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Deswegen hat DIE LINKE in dieser Woche einen Antrag (Drs. 17/426) in den Bundestag eingebracht. Dazu hatten wir auch Kolleginnen und Kollegen von Schlecker in dieser Woche zur Fraktionssitzung eingeladen, um uns über die Lage der Beschäftigten und den von der LINKEN vorgelegten Antrag zu verständigen.

DIE LINKE will Leiharbeit strikt begrenzen und fordert: Es muss gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben. Die untere Grenze wäre für uns ein gesetzlicher Mindestlohn. Beschäftigte in Leiharbeit sollten darauf noch eine Art Zuschlag, eine Flexibilitätsprämie wie in Frankreich, von 10 Prozent erhalten. Die Überlassungsdauer soll auf drei Monate begrenzt werden und der Betriebsrat eine echte Mitbestimmung beim Einsatz der Leiharbeiter haben.

### Bürokratie des Elends - Bundesverfassungsgericht entscheidet über Hartz IV

von Wolfgang Neskovic



© Dieter Schütz / PIXELIO

Hartz IV hat zu einer rasanten Verarmung in Deutschland geführt. Die Hartz-Gesetze haben keine neuen Perspektiven geschaffen, sondern beschneiden Bürgerinnen und Bürger in ihrer elementaren Würde. Jeder, der dauerhaft auf staatliche Unterstützung angewiesen ist, wird heute ins soziale Abseits gedrängt. Das ist die traurige Realität in unserem Land. Hartz IV ist die Bürokratie des Elends. Gerade Kinder sind ihre Opfer.

Am 9. Februar wird das Bundesverfassungsgericht entscheidend in den Streit über die Reform von Hartz IV eingreifen. Die Karlsruhe-

her Richter werden beurteilen, ob die bisherige Festsetzung der Regelsätze für Kinder verfassungsgemäß ist. Bereits in der mündlichen Verhandlung ist offensichtlich geworden, wie willkürlich die bisherige Praxis der Bundesregierung bisher gewesen ist. Kinder erhalten einen pauschal gekürzten Erwerbsersatz. Das geschieht, obwohl die Bedürfnisse von Kindern völlig andere sind als die von Erwachsenen - und deshalb auch gesondert ermittelt werden müssten.

Für die rot-grün-schwarz-gelbe Hartz IV-Koalition war das zum Zeitpunkt der Gesetzgebung offensichtlich egal. Für sie hat es keine

Rolle gespielt, dass Kinder besonderen Förderungsbedarf haben. Das ist besonders erschreckend, wenn man sich vor Augen hält, welche Bedeutung die gute Förderung von Kindern für das gesamte Land hat.

Die Hartz-Verantwortlichen leben ihre ideologischen Phantasien eines schlanken Staates auf dem Rücken der Schwächsten in unserer Gesellschaft aus. Es sind insbesondere Kinder, die unter der Armutsfalle Hartz IV leiden. Auch in Brandenburg. Jedes vierte Kind erhält hier Hartz IV. Diese Kinder werden mit Armut bestraft, und dies zumeist für die Armut ihrer Eltern.

Das Bundesverfassungsgericht wird hoffentlich klarstellen, dass der Staat sich nicht einfach aus seiner Fürsorgepflicht davonstellen kann. Zeit dafür ist es. Aber es ist schon skandalös, dass der Politik in diesem Land per Gericht verordnet werden muss, dass sie Gesetze nicht gegen, sondern für die Bürger schreiben soll.

**Staatssekretär interessiert sich nicht für das drängende Problem der Abwanderung von Frauen aus den ländlichen Räumen**

von Kirsten Tackmann



© Franz Haindl/PIXELIO

Am Mittwoch stand auf der Tagesordnung des Bundestags-Agrarausschusses der Bericht vom EU-Agrar(minister/innen)rat am 18. Januar 2010 in Brüssel. Dort stellte die neue spanische Ratspräsidentschaft ihre drei agrarpolitischen Schwerpunkte für die nächsten sechs Monate vor: Erstens die Debatten um die EU-Agrarsubventionen nach 2013, zweitens Verbesserungen in der Lebensmittelkette und drittens die Situation von Frauen in den ländlichen Räumen.

Respekt – dachte ich! Damit legt die spanische Regierung endlich ein drängendes Problem auf den

Tisch der EU. Die Abwanderung von jungen Frauen aus den ländlichen Räumen wird seit langem von der LINKEN thematisiert. In der 16. Wahlperiode hatte die Bundestagsfraktion dazu 2 Studien in Auftrag gegeben (zu finden auf [www.kirsten-tackmann.de](http://www.kirsten-tackmann.de)). Leider blieben meine unentwegten Aufforderungen an die Bundesregierung, endlich tätig zu werden, ungehört. Aber auch schwarz-gelb schaut weiter zu, wie sich die schwierige Situation verfestigt: schlecht bezahlte oder keine Arbeitsplätze, fehlende öffentliche Kinderbetreuung, Rückbau von Dienstleistungsstrukturen und öffentlicher Daseinsvorsorge. Hinzu kommt eine

geschlechterungerechte Fördermittelvergabe. Die Bundesregierung ist nicht nur untätig sondern trägt zur Verschärfung des Problems bei. Das Ergebnis dieser Politik zeigen beide Studien.

Umso besser ist es, dass Spanien nun mit gutem Beispiel voran geht. Doch statt diesen Ball aufzunehmen erwähnte der parlamentarische Staatssekretär Müller diesen Schwerpunkt in seinem Bericht nicht einmal. Auf meine konkrete Frage, was die Bundesregierung zu diesem Thema beitragen wird, war die lapidare Antwort, die Bundesregierung würde sich auch um die Frauen kümmern. Unfassbar! Spanien belegt übrigens einen EU-weiten Spitzenplatz beim Anteil weiblicher Leiter von Agrarbetrieben! Deutschland einen der letzten!

**Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:**

**Diana Golze**

<http://www.diana-golze.de>

**Pressemitteilungen:**

Konstituierung der Kinderkommission: <http://www.diana-golze.de/politik/news/detail/zurueck/aktuelles/artikel/konstituierung-der-kinderkommission/>

Diana Golze spendet auch 2010: <http://www.diana-golze.de/politik/news/detail/zurueck/aktuelles/artikel/es-geht-weiter-diana-golze-spendet-auch-2010/>

**Wolfgang Neskovic**

<http://www.wolfgang-neskovic.de/>

**Dagmar Enkelmann**

<http://www.dagmar-enkelmann.de>

**Pressemitteilungen:**

Bestechung von Parteien: <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1251589318>

Braunkohle: [http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user\\_upload/Bundestag/2010/PE\\_Braunkohlesanierung18012010.pdf](http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user_upload/Bundestag/2010/PE_Braunkohlesanierung18012010.pdf)

Touristische Infrastruktur: [http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user\\_upload/Presseerklarungen/2009/Quartal\\_4/PE\\_LangerTroedel22012010.pdf](http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user_upload/Presseerklarungen/2009/Quartal_4/PE_LangerTroedel22012010.pdf)

**Reden:**

Steuerermäßigung für Hotellerie: [http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user\\_upload/Reden/2009/Quartal\\_3/Rede\\_Enkelmann\\_zur\\_Geschaeftsordnung19012010.pdf](http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user_upload/Reden/2009/Quartal_3/Rede_Enkelmann_zur_Geschaeftsordnung19012010.pdf)

**Interviews:**

„Doppelspitze“: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/1111903/>

**Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:**

Sabine Stüber

<http://www.sabine-stueber.de/>



Thomas Nord

<http://www.thomas-nord.de/>



Kirsten Tackmann

<http://www.kirsten-tackmann.de>

info@

Rückblick auf die Sitzungswoche

info@

**Parlamentarische Initiativen der LINKEen dieser Sitzungswoche**

Alle Anträge, Gesetzesinitiativen, Kleine Anfragen etc. der LINKEen der 17. Legislaturperiode finden Sie auf der Internetseite der Bundestagsfraktion unter :

<http://www.linksfraktion.de/initiativen.php>

**Kleine Anfragen:**

Militäraufmärsche in der Öffentlichkeit:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7763773485\\_1700502.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7763773485_1700502.pdf)

Alterssicherungsstrategie:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7748250698\\_1700501.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7748250698_1700501.pdf)

Funktürme:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7790541593\\_1700514.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7790541593_1700514.pdf)

Ausländerfeindliche Straftaten:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7706372236\\_1700515.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7706372236_1700515.pdf)

Antisemitische Straftaten:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7718242087\\_1700516.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7718242087_1700516.pdf)

**Antrag:**

Finanztransaktionssteuer:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7776874272\\_1700518.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7776874272_1700518.pdf)

Soforthilfeprogramm Kultur:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797154762\\_1700552.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797154762_1700552.pdf)

Entschließungsantrag Londoner Konferenz:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7780717251\\_1700519.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7780717251_1700519.pdf)

**Gesetzesentwurf:**

Wehrdisziplinarordnung:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7793990264\\_1700752.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7793990264_1700752.pdf)



# BUNDESTAGSREPORT

## DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



### Kontakt:

	Deutscher Bundestag	Wahlkreis	
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Thomas.Nord@bundestag.de	Im Aufbau	
	Deutscher Bundestag	Wahlkreis	Wahlkreis
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Sabine.Stueber@bundestag.de	Breite Str. 46 16225 Eberswalde 033334/385155	Diesterwegstr.1 17291 Prenzlau
	Deutscher Bundestag	Wahlkreis	
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Kirsten.Tackmann@bundestag.de	Wilsnacker Str.1 16866 Kyritz 033971/32857	
	Deutscher Bundestag	Wahlkreis	
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Wolfgang.Nescovic@bundestag.de	Str. d. Jugend 113 03046 Cottbus	
	Deutscher Bundestag	Wahlkreis	
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Diana.Golze@bundestag.de	Märkischer Platz 2 14712 Rathenow 03385/494521	
	Deutscher Bundestag	Wahlkreis	Wahlkreis
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Dagmar.Enkelmann@bundestag.de	Wallstr. 8 15344 Straußberg 03341/303984	Berliner Straße 17 16321 Bernau b. Berlin 03338/459543